Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 4/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 70 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7840.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt".

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38. Montag, den 15. Februar 1897. 8. Jahrgang.

„Führe uns nicht in Versuchung."

Das Sparsystem bei der preußischen Staatsbahn und seine oft mehr wie bedenklichen Folgen erörtert unser Frankfurter Parteiorgan in einem sehr beherzigenswerthen Artikel. Es heißt in den Ausführungen des Blattes:

„Neue großartige Fahrkartenunterschleife sind nunmehr wieder auf der preußischen Staatsbahn ganz in unserer Nähe entdeckt worden. Verhaftet wurden . . ." Doch beginnen wir nicht so, sondern sparen wir uns die Erklärung dieser Sätze für weiter unten auf und lenken in die ganz trockene Darstellung der Beamten-Verhältnisse bei der preußischen Staatsbahn ein, die uns heute beschäftigen sollen.

Diejenigen Beamten, welche die Fahrkarten bei den preußischen Staatsbahnen zuerst und in größter Menge in die Hand bekommen, sind die Fahrkartendrucker. Es giebt, so viel wir wissen, Billetdruckereien überhaupt nur in Köln, Hannover, Frankfurt a. M., Berlin, Breslau und Bromberg. Dem Range nach stehen die Billetdrucker zwischen den Subalternbeamten und Unterbeamten; offenbar hat man ihnen dadurch den hohen Werth, den sie als Vertrauenspersonen ersten Ranges für die Bahnverwaltung haben, in sehr feiner Weise zu Gemüth führen wollen. Leider gilt das aber nicht für die Bezahlung; hier rangiren sie, namentlich hinsichtlich des Wohnungszuschusses, mit den Unterbeamten, wohl in der Voraussetzung, daß ein guter preußischer Unterthan sicher auf materielle Einkünfte, auch wenn ihm Hunderttausende von Werthen durch die Hände gehen, weniger Werth legen wird, als auf Rang und Titel. Zur etatsmäßigen Anstellung gelangen die meisten Billetdrucker der Staatsbahn erst zwischen dem 35. und 40. Lebensjahr. In ganz Preußen dürften gegenwärtig ganze 80 Billetdrucker dieses Ziel ihrer sehnsüchtigen Wünsche erreicht haben. Herr von Thielen schreibt eben der Erreichung des Schwabenalters gerade auch bei dieser Beamtenklasse eine entscheidende Bedeutung zu, und er ist ja Sachverständiger. Man denke doch nur, wie leichtsinnig auch sonst ein Bürschchen von 30 oder 32 Jahren mit folgenden Bezügen umgehen und dadurch in die schauderhafteste Versuchung geführt werden könnte. Vor der etatsmäßigen Anstellung steht der königlich preußische Staats-Bahn-Billet-Drucker im Arbeiterverhältniß und erhält 2,50 Mark bis 3,20 Mk. Tagelohn. Erhöhungen dieses Lohnes, auch wenn sie nur im Betrage von 10 Pfg. erbeten wurden, sind bisher immer abgelehnt worden. Hat sich dann der Billetdrucker bis zum besagten Schwabenalter tadellos geführt, so wird er endlich, endlich angestellt mit — 1000 Mark Anfangsgehalt und 240 Mark Wohnungszuschuß. Aber man denke etwa nicht, daß mit dieser schwindelnd hohen Bezahlung eines Vertrauenspostens die Großmuth der königlich preußischen Staatsbahnverwaltung schon erschöpft wäre. Das wäre wirklich sehr schlecht und ungerecht von dem preußischen Fiscus gedacht. Nein — auf langer, langer Stufenleiter kann der Billetdrucker noch zu höheren Ehren und Einkünften in die Höhe klimmen. In schreibe und sage einundzwanzig Dienstjahren kann er den Höchstgehalt von — 1500 Mark erreichen und zwar in Zulagen von 60 und 80 Mark, die alle drei Jahre als goldenes Geschenk und Gehaltserhöhung in seinen Schoß fallen. Man denke: 1500 Mark nach 21 Jahren, die Arbeiterjahre ungerechnet, denn die zählen nicht mit! Aber selbst das ist noch nicht das Ende der unerschöpflichen Beamtenfürsorge Herrn von Thielens und Herrn von Miquels. Bei der augenblicklich im Gange befindlichen Gehaltsaufbesserung ist zwar eine directe Erhöhung der Bezüge der Billetdrucker nicht vorgesehen. Man darf doch die Leute auch nicht zu übermüthig machen und ihnen etwa den Glauben einimpfen, sie hätten irgend einen Anspruch auf klingende Belohnung für die kostbare Treue, die sie dem Staat bezüglich der Billete zu halten haben. Pfui! — das wäre zu materiell gedacht, das geziemt sich für königlich preußische Staatsbahn-Billetdrucker nicht, welche die Ehre und das Vergnügen haben, tagtäglich nicht etwa nur Tausende von den schmutziggrauen Plebejerfahrkarten VI. Klasse, sondern ebensoviel von den schon freundlicher blickenden Karten III. Klasse und dann vollends die schönen Päckchen der lockenden grünen und gelben Billets I. und II. Klasse mit den respectablen Summen, die diesen aufgedruckt sind, vor sich aufgestapelt zu sehen. Deshalb soll auch die Größe der pflichtgetreuen Aufopferung für den Staat gar nicht mit einer Gehaltserhöhung herabgewürdigt werden. Nur damit der Billetdrucker die unauslöschliche Liebe der Verwaltung sieht — kleine Geschenke erhalten die Freundschaft! —, nur deshalb wird er jetzt als Unterbeamter lediglich mit einer Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses von 240 auf 300 Mk. bedacht. Der gleiche Bezug für Subalternbeamte wird von 540 auf 600 Mark erhöht — aber so Etwas zu verlangen wird doch ein Billetdrucker nicht die Unbescheidenheit haben? . .

Und nun kehren wir zu unserem Anfang zurück: Wenn es demnächst hieße, daß „neue, großartige Fahrkarten-Unterschleife nunmehr wieder auf den preußischen Staatsbahnen entdeckt wären, daß verhaftet wurden durch die ja wohl noch vom vorjährigen Schaffnerproceß in der Uebung befindlichen Geheimpolizisten so und so viel Billetdrucker, Billetagenten" 2c. — könnte sich die preußische Staatsbahn-Verwaltung frei von aller Verantwortung fühlen, nachdem sie ihre Billetdrucker bisher wie oben geschildert bezahlt, und in Zukunft, wie oben aus der Vorlage wegen Gehaltsaufbesserung mitgetheilt, bezahlen will? Wir möchten selbstverständlich nicht den leisesten Verdacht dahin erwecken, daß wir nach dem Recept des ehemaligen Anarchisten und jetzigen Schiersteiner Amtsblatt-Redacteurs Jeup jemals strafbare Handlungen gutheißen oder auch nur den kleinsten Anstoß zu Eigenthumsvergehen oder Treubruch geben könnten oder wollten. Wenn aber gewissenlose Billetagenten sich an die moralisch Schwächsten der Billetdrucker heranmachten, das Durchschnittsgehalt derselben von 1250 Mark durch leichten Verdienst aus dem Verkauf doppelt gedruckter oder makulirter Billete vielleicht um das Doppelte oder Dreifache zu erhöhen bestrebt wären, sich zu Haus die aus anderen Betrieben und Unterschleifsprocessen bekannten Druckpressen anschafften und unter schlauer Benutzung der Perroncontrole unter der Hand Reisende mit Retourbillets zu „ermäßigten" Preisen ausstatteten, von denen man je zwei in der Tasche hat, um sich bei Ein- und Austritt legitimiren zu können und doch niemals genöthig zu sein, die Karte abzugeben . . . Schlecht bezahlte Arbeiter sind keine Tugendengel, und die Versuchung schreitet schnell . . . Beispiele habens bewiesen!

Die Moral von der Geschichte: das „Sparsystem" der preußischen Staatsbahn auch bei den Billetdruckern führt sich selbst ad absurdum. Solche Bezahlung von Vertrauensposten ist unwürdig und unklug. Die Leute wagen freilich nicht, sich zu rühren. Deshalb haben wir es für sie gethan. Warten wir ab, obs hilft.

Politische Rundschau.

— Aus dem Reichstage. Berlin, 13. Februar. Debatten über den Militäretat pflegen jetzt immer so zu verlaufen, daß unsere Gegner auf die bestimmt umschriebenen Beschwerden, die die Redner unserer Partei vortragen, nicht eingehen, sondern eine allgemeine Discussion über die Ziele der Socialdemokratie herbeiführen. Uns kann das nur Recht sein. Wir scheuen die Erörterung unserer Principien nicht und freuen uns über die Propaganda, die unsere Feinde für uns machen. Auch die diesjährige Etatdebatte nimmt diesen Verlauf. Das, was die Redner der anderen Parteien ihrerseits zum Militäretat zu sagen haben, ob es sich nun um die Pensionirung der Offiziere, die Proviantlieferungen für die Armee, die Besserstellung der Musikmeister und derartiges mehr handelt, tritt vollkommen zurück gegen den parlamentarischen Kampf, den unsere Redner mit dem Kriegsminister, seinen Freunden und Verbündeten führen. Das Heer gilt als die festeste Stütze der heutigen Gesellschaftsordnung, und es ist klar, daß unsere Kritik an seinen Einrichtungen, unsere Aufdeckung seiner Mängel besonders empfindlich berühren muß. In der Hauptsache griff die heutige Discussion beständig auf die gestrige Debatte zurück. Genosse Pëus brachte als neues Moment eine ausführliche Besprechung des militärischen Boykotts. Er wies nach, wie eitel der Kampf gegen die socialdemokratische Gesinnung des einzelnen Soldaten sein muß und hob hervor, daß international nicht mit antinational gleichbedeutend sei. Herr von Roon, ein Vertreter des Traktätleinconservatismus, stellte unserem Genossen, der Soldat gewesen ist, auf Grund dieser Rede das ehrende Zeugniß aus, daß bei ihm die militärische Erziehung ganz erfolglos geblieben ist. Im Uebrigen erklärte er es für unbedingt erforderlich, daß die Socialdemokratie aus dem Reichstage verschwinden müsse. An der guten Absicht des Herrn zweifeln wir gar nicht, aber die Frage ist nur, wie sich das anstellen läßt. Herr v. Stumm konnte in dieser Debatte natürlich auch nicht fehlen; er kündigte an, daß er „sein Material", das den revolutionären Charakter der Socialdemokratie beweisen soll, demnächst drucken und vertheilen lassen wird. Dann kann er sich künftig die Mühe des Redens ganz sparen, denn Neues hat er doch nie zu sagen. Herr von Goßler ist in seinem Studium unserer Literatur vom Bericht über den Londoner Congreß jetzt bis zum Protokoll über den Gothaer Parteitag gelangt und benutzte die Debatte über den „Vorwärts" und die „Neue Welt" als Unterlage seiner Angriffe. Sonst hat er noch entdeckt, daß an der Verrohung der Jugend die Socialdemokratie die Schuld trage. Vollmar war in seiner Erwiderung sehr wirkungsvoll. So gemäßigt er in der Form blieb, so entschieden wies er die Angriffe gegen uns zurück. Herr von Goßler ist für ihn kein ebenbürtiger Gegner, er konnte ihm mit gutem Grunde rathen, in seinem Ressort zu bleiben und die allgemeine Polemik gegen uns geschickteren Collegen zu überlassen. — Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

— Die Ueberlastung des Reichstages. „Ein Mehr als die gegenwärtigen Vorlagen", schreibt die „Freisinnige Zeitung", „kann unmöglich in dieser Reichstags-Session noch zur Erledigung gelangen. Voraussichtlich wird nicht einmal das jetzt vorliegende Pensum abgewickelt werden können, auch wenn die Verhandlungen bis in den Juli hinein dauern. Anders wäre es, wenn die Vorlagen von vornherein im Sinne einer Reichstagsmehrheit gemacht würden. Aber da

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Ruederer.

58] Nachdruck verboten.

Der gottlose Mann war in seinem Walde gewesen. Dort schwamm alles in zitterndem Frühlingslicht unter den Aesten der Tannen und Fichten, dort sprudelten neubelebte Moosquellen, deren krystallklares Wasser in den Sonnenstrahlen blitzte, und von Mariakirchen tönten die Osterglocken herüber in die feierliche Stille des festtägliches Morgens.

Der Förster hatte ein Widersehen bei seinem Freunde gefeiert. Je mehr sich der Frühling entfaltete und ein Blättchen nach dem andern unter dem warmen Regen herauskroch, um so sehnlicher wünschte Balder für seine Kinder die Erlösung herbei: denn der Lehrer war seit einiger Zeit immer krankhafter und erregter geworden. Oft schrie er laut auf, wenn er mit Balder beisammensaß. Beim Einstudiren der schwierigen Ostermesse hatte er in der Singstunde seine Violine zu Boden geschmettert und war aus dem Zimmer gestürzt. Fragte man ihn, was ihm fehle, so gab er keine Antwort und stierte geistesabwesend ins Leere. Der Förster merkte, wie seine Tochter litt und das Schrecklichste war ihm, daß er stillschweigend zusehen mußte, ohne helfen zu können.

Da — endlich — an einem stillen Maiabende, als er vom Walde heimkehrte, war das längst Erwartete ganz unvermuthet geschehen. Der Förster hörte hellen Jubel in seinem Zimmer und fand seine Tochter in den Armen des Lehrers, den sie unter Lachen und Weinen stürmisch liebkoste. Ohne jede vorherige Anmeldung war der Kreisschulinspector plötzlich in die Schule getreten und nach strenger Prüfung sehr be-

Das war ein Tag der Genugthuung für Alle. Aber was sich Balder von ihm versprochen hatte, trat nicht ein. Mit Befremden bemerkte er, daß der Lehrer, trotz des günstigen Erfolges, kurz darauf in seinen Trübsinn zurückfiel und daß dieses bedeutungsvolle Ereigniß, auf das man lange Jahre gewartet hatte, nur einen flüchtigen Tageseindruck hinterließ.

„Was hat denn nur der Franz?" fragte er Anna, als sie ihm eines Nachmittags im Garten des Forsthauses begegnete.

„I weiß net, Vater", sagte sie zögernd und sah zu Boden.

Er merkte, daß sie zum Ausgehen bereit war und ihr Gebetbuch trug.

„Wo gehst hin?"

„In d' Kirch, Vater, zur Beicht."

„Ach so! — — Nun, i kann a andersmal mit dir drüber reden, aber der Zustand von ihm is ganz bedenklich — — das kann ja nimmer so fortgehen."

Sie schwieg und trat mit dem Fuße auf einen spitzen Stein des Weges.

„Ich hab'n jetzt lang' beobachtet", fuhr der Förster fort, „und bin in großer Sorg' seinetwegen — — Jetzt, laß di aber net aufhalten, Anna. Grüaß di Gott!"

„Adje, Vater!"

Er blickte ihr bewegt nach, als sie so dahin ging. Wieder mußte er ihrer ersten Communion denken. Auch heute war ein Maientag wie damals, und die Sonne lachte so hell in die jungen Birken hinein, doch war Alles so verändert! Sein Kind schien ihm so gedrückt, so verschlossen, und statt des weißen Kleides trug sie ein schwarzes, das Trauerzeichen

Nun verschwand die dunkle Gestalt hinter einer Mauer und Balder konnte nicht mehr sehen, daß dort der Lehrer wartete, der schon seit einer Stunde in banger Ungeduld zum Forsthaus hinüber geblickt hatte.

Das nagende Bewußtsein, daß die Mädchen des Dorfes zur Beichte bestellt waren, hatte ihn ruhelos herumgetrieben. Was wird sie sagen? Tag und Nacht hatte ihm nur diese eine Frage vorgeschwebt. Wird sie Alles beichten? dann war sein schlimmster Feind der Mitwisser ihrer Hingabe. Oder wird sie es verschweigen, weil sie ihre Liebe für keine Sünde zu halten schien? Wie kann sie das mit ihrem religiösen Gewissen vereinen?

Er hatte keinen Ausweg aus diesen furchtbaren Qualen gefunden und wollte ihr noch einmal entgegentreten.

„Anna", sagte er und faßte ihre Hand, „gehst Du wirklich in die Beicht'?"

Sie sah in seine umflorten Augen und fühlte deutlich, daß er zitterte.

„Ja, Franz! Warum auch net?" Ruhig und ernst sah sie ihm ins Gesicht.

Er holte Athem und suchte der Frage auszuweichen.

„Beicht' net hier", bat er flehentlich, „geh nach Mariakirchen."

Sie ließ seine Hand los und zog ihr schwarzes Kopftuch fester an:

„Des kann ja net Dein Ernst sein, Franz."

„Net mei Ernst? Aber, Anna!"

Giebt's denn dort'n an andern Herrgott, als hier bei uns?" fragte sie.

Da wußte er nicht mehr, was er sagen sollte und ließ ihr den Weg zum Bühel frei.

ist zunächst der Reichshaushalts-Etat, insbesondere mit den neuen großen und streitigen Anforderungen für die Marine. Dazu der Besoldungs-Verbesserungsplan, über dessen Schicksal im Einzelnen und im Ganzen sich heute noch durchaus nichts voraussagen läßt. Dazu soll nun noch ein Nachtragsetat kommen, vielleicht sogar ein Gesetz mit einer Novelle zum Servisgesetz. Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz macht weitschichtige Commissions-Berathungen und Plenar-Verhandlungen erforderlich. Zu der neuen Subhastations-Ordnung und der Grundbuch-Ordnung ist jetzt das neue Handelsgesetzbuch gekommen. Solche Vorlagen, welche in erster Reihe die Juristen interessiren, pflegen besonders viel Zeit in der Behandlung zu beanspruchen. Ueberaus bestritten ist auch die Postdampfer-Vorlage. Dieselbe wird jedenfalls zu sehr langwierigen Commissions-Verhandlungen Anlaß geben. Schon jetzt haben die Parteien Schwierigkeiten, die erforderlichen Commissionen zu besetzen. Erfolgen noch weitere Vorlagen, so tritt die Nothwendigkeit hervor, Mitglieder in mehrere gleichzeitig tagende Commissionen zu delegiren. Die Erschwerungen der Commissionsarbeit, welche daraus folgen, insbesondere auch in Bezug auf die Tageszeit der Commissionssitzungen, bedürfen keiner näheren Darlegung. Es ist daher ganz undenkbar, daß die Vorlagen, welche gegenwärtig noch im Bundesrath stecken, die Novelle zur Invaliditäts-Versicherung und die Handwerker-Vorlage, in dieser Session noch in irgend einer Form zur Verabschiedung gelangen können. Schon der Umstand, daß der Bundesrath mehrere Monate zur Berathung dieser Vorlagen bedarf, bekundet, welche Gegensätze hierbei sich geltend machen und wie langwierig erst die späteren Verhandlungen im Ganzen und im Einzelnen sich gestalten werden. Die Militärstrafproceß-Reform scheint im Bundesrath noch so weit in der Berathung zurück zu sein, daß sie schon deshalb nicht an den Reichstag gelangen wird. Je mehr dem diätenlosen Parlament aufgepackt wird und je weniger übersichtlich dadurch der Geschäftsplan des Reichstags sich gestalten, und je mehr dadurch das Ende der Session in unbestimmte Ferne gerückt wird, desto weniger ist auf eine Erhöhung der Präsenz in absehbarer Zeit zu rechnen. Auch dieser Umstand erschwert schon in mannigfacher Beziehung die Verhandlungen über die dem Reichstag unterbreiteten Vorlagen."

— Gewährung von Diäten. Wie der „Hamb. Post" aus Berlin aus angeblich guter Quelle berichtet wird, besteht innerhalb der Reichsregierung die Absicht, dem wiederholt vom Reichstage angenommenen Antrage auf Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder nunmehr Folge zu geben. Wie verlautet, findet über diese Frage bereits ein Notenwechsel zwischen den Einzelregierungen statt. Es wird angenommen, daß noch in der laufenden Tagung ein diesbezüglicher Antrag an den Reichstag gelangt. — Die Mittheilung kommt aus wenig klarer, antisemitischer Quelle. Selbst wenn aber auch die Quelle ganz zweifelsohne wäre, würden wir an der Wahrheit dieser Mittheilung zweifeln, — es sei denn, daß man mit der Gewährung von Diäten etwa beabsichtigt, zugleich eine Verschlechterung des allgemeinen Wahlrechts vorzunehmen!

— Marinekoller. In der „Kreuzztg." giebt ein unmaßgeblicher Graf von Dürkheim einen Polmunwisch von sich, der so anhebt: „Der deutschen Flotte Noth beruht in in dem Vorhandensein zweier gegensätzlicher Erscheinungen, von denen die eine auf ethischem, die andere auf materiellem Gebiete liegt. Auf der einen Seite besteht der glühende Drang eines ausgezeichneten Offiziercorps, der Mannschaften, hervorragend ausgebildeten, von bestem Geiste beseelten Bemannung, für der eigenen Flagge Ehre, für des Vaterlandes Ruhm und Heil rückhaltlos Leib und Leben einzusetzen, das Höchsterreichbare zu leisten und, wetteifernd mit des Heeres alter Glorie, auch zur See dem Reiche neue Lorbeeren zu erkämpfen, auf der andern die in den vorhergehenden Artikeln nachgewiesene vollkommene Unzulänglichkeit der hierzu nöthigen [illegible]" Bum! Bum!

Für Leute, die an „glühendem Drange" u. s. w. leiden, empfehlen sich kalte Umschläge; das ist billiger wie eine Verdoppelung der Marine. Woher weiß übrigens der Herr Graf das Alles? Das Volk hat gar kein Bedürfniß nach neuen Lorbeeren.

— Jetzt kann es der Landwirthschaft nicht mehr fehlen! Der „[illegible] Anzeiger" führt nämlich mehrere Beispiele an, wonach amtlich überwachende Polizeibeamte (Bezirkskommissar und [illegible]) in die Debatte der Bauernbundversammlungen eingriffen, um die [illegible] Mittel zur Verbesserung der Lage der Landwirthe zu empfehlen. Heil dem Lande der [illegible] Polizei! Wir dürfen wohl hoffen, bemerkt die „Frankf. Ztg." daß die „Ueberwachenden" auch anderen Gesellschaftsklassen mit ihrem nützlichen Rath beispringen werden. So „väterlich" bewacht ist dann der Weg zum Glück nicht mehr zu verfehlen!

— Die Margarineanträge der Reichspartei, der Conservativen und der Centrumspartei werden, wie die „Post" hört, am nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt werden.

— Proceß Auer und Genossen. In dem bekannten Proceß wegen Auflösung des socialdemokratischen Parteivorstandes (Auer und Gen.) steht neuer Termin vor dem Landgericht, Strafkammer, am 9. März Vormittags an. Zwei Tage sind für die Verhandlungen in Aussicht genommen.

— Der Berliner conservative Parteitag hat Sonnabend Abend stattgefunden. 300 Mitglieder der Berliner conservativen Vereine — im Proceß Auer und Genossen ist wohl als Nachspiel dieses Parteitages nicht zu befürchten — hatten sich zusammengefunden. Es wurde gegen die Socialpolitiker, gegen die National-Socialen, gegen das Allgemeine Wahlrecht und seine Ausdehnung auf die Landes- und Gemeindevertretungen gewettert, und für eine Ständevertretung, die confessionelle Eidesformel, und für die Erweiterung der Marine Propaganda gemacht. Der Hauptredner war Herr von Langen, er und ein Polizeirath wurden in den Vorstand gewählt. Letzterer lehnte ab. Hierauf wurden noch Baumeister Felisch und der ehemalige Socialdemokrat Rechtsanwalt Zeidler in den Vorstand gewählt. Das genügt zur Charakterisirung des conservativen Parteitages.

— Der Landtag in Meiningen lehnte mit 11 gegen 9 Stimmen die freisinnigen Antrage auf Verbesserung des Landtagswahlgesetzes ab.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlbewegung in Oesterreich wird, wie die Wiener „Arbeiterztg." berichtet, täglich intensiver, die bürgerlichen Parteien scheinen aber dabei täglich rathloser zu werden. Man kann sich schon gar nicht mehr zurechtfinden in dem Wust von auftauchenden und wieder von der Bildfläche verschwindenden Candidaturen. Nicht nur neue Männer giebt es in Hülle und Fülle, sondern auch neue Parteien tauchen auf, von denen keine weiß, was sie will und bezweckt. Was übrigens die neuen Männer betrifft, so braucht man nicht zu glauben, daß sie geeignet sein werden, die diversen Parteicadaver mit neuem Geiste zu beleben. Am wenigsten Mühe mit der „Verjüngung" scheinen sich die Liberalen zu geben. Ihre neuen Kräfte stammen aus demselben Reservoir, aus dem sie die alten, verbrauchten geschöpft haben. Es ist dieselbe kleinstädtische Bürgermeisterei und bornirte Advokatenkniffigkeit.

Serbien.

Die Frage der Rückkehr Milans nach Serbien stößt im Ministerrathe noch immer auf Schwierigkeiten. Die leitenden Männer der radikalen Partei bestehen entschieden auf der Entfernung Milans auf dem Lande; dieser Ansicht pflichten auch die der radikalen Partei angehörigen Minister bei, so daß eine Krisis dieser Angelegenheit wegen nicht ausgeschlossen ist. Milan begründet seinen Wunsch, in Serbien zu wohnen, mit dem Mangel hinreichender Geldmittel, um im Auslande zu leben, d. h. zu saufen, zu lieben und zu spielen. Er versprach auch, keinerlei Politik zu treiben, woran jedoch natürlich Niemand glaubt, da er ähnliche Versprechungen unzählige Male gebrochen hat und diesmal noch seine Wiener Conferenzen es unglaubwürdig machen. Seinen Wunsch erfüllen, hieße doch den Fuchs ins Hühnerhaus sperren.

Italien.

Die italienische Regierung scheint allmälig zur Vernunft zu kommen und einzusehen, daß es in Afrika für sie keine Lorbeeren mehr zu pflücken giebt. Die Räumung Kassalas soll beschlossene Sache sein, aber nach einer römischen offiziösen Auseinandersetzung in der Wiener „Pol. Corr." bis zum Herbst verschoben werden. Es sei richtig, wird darin ausgeführt, daß sowohl die italienische Regierung, wie auch die öffentliche Meinung Italiens die Festhaltung Kassalas für kostspielig erachten, andererseits sei aber nicht daran zu zweifeln, daß das römische Cabinet seine England gegenüber eingegangenen Verpflichtungen getreulich einhalten und Kassala nicht vor Abschluß der im Zuge befindlichen anglo-egyptischen Expedition gegen die Derwische aufgeben werde. Da diese Expedition im Sommer fortgesetzt und erst im Herbste bis zu einem gewissen Abschlusse gebracht werden dürfte, sei anzunehmen, daß erst dann die Kassalafrage in vollem Einvernehmen zwischen Italien und England geregelt werden werde.

Bis dahin könne freilich Italien noch allerlei unangenehme Erfahrungen in Afrika machen.

Türkei.

Die Nachrichten vom [illegible] Kriegsschauplatz [illegible]. Die [illegible] griechischen [illegible] an der Küste von Kreta haben zwar nicht viel zu bedeuten; allein es war von vornherein selbstverständlich, daß die Griechen sich nicht [illegible] hätten, wenn sie nicht der Unterstützung [illegible] einer Macht sicher wären. Bisher war Griechenland — und zwar seit seinem Bestehen — ein Spielball, der zwischen Rußland und England hin und hergeworfen wurde. Einer dieser beiden Staaten ist auch [illegible] für den neuesten Schritt Griechenlands verantwortlich. Und da ist es allerdings sehr bezeichnend und [illegible], daß die russischen [illegible] an die griechische Küste [illegible] worden sind. Und gleichzeitig mit dieser [illegible] bestätigt, daß die russische Schwarzemeerflotte auf den Kriegsfuß gesetzt worden ist und daß „in verschiedenen russischen Garnisonen" der Präsenzstand der Regimenter eiligst verstärkt wird und sämmtliche [illegible] Befehl zu sofortiger [illegible] in ihre Regimenter empfangen haben. Soll die Comödie in die Tragödie umschlagen?

Deutscher Reichstag.

173. Sitzung vom 13. Februar 1897, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische v. Goßler. In der fortgesetzten Berathung des Militäretats, Titel „Gehalt des Kriegsministers" erklärt

Kriegsminister v. Goßler auf eine Anfrage des Abg. de Witt (Centr.), daß das Kriegsministerium auf die [illegible] der [illegible] des [illegible] keinen Einfluß habe.

Abg. Dr. Stephan (Antis.): Die socialdemokratischen [illegible] im Reichstage [illegible] des Vertrauens gegen die Socialdemokraten in der Armee. Auch die Mißstände [illegible] im [illegible], in [illegible]. Die [illegible] ist nur eine [illegible] auf die Beseitigung der [illegible] des Duells. Redner bemängelt die immer noch ungenügende [illegible] der [illegible] zu den Armee[illegible]. Die [illegible] in Berlin sei im Ganzen ausgezeichnet, die [illegible] seien [illegible]; ein [illegible] habe [illegible]. Für die [illegible] der Soldaten sei [illegible] genug.

Kriegsminister v. Goßler erwidert, daß zwei Sergeanten [illegible] würden. Die Zahl [illegible] zurückgegangen.

[illegible] Die Angaben des Abg. Dr. [illegible] über die [illegible]. Der [illegible] bei den [illegible] manchmal Schwierigkeiten. Den [illegible] müsse der [illegible] erhalten werden, wenn [illegible] gegen ihn [illegible].

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Das Anwachsen des Pensionsetats sei bedenklich, er würde künftig scharfer Prüfung bedürfen. Die kaiserliche Verordnung über den Zweikampf sei hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die die Rede des Reichskanzlers erweckt habe. Wie im Falle Brüsewitz mildernde Umstände entdeckt werden konnten, werde für den bürgerlichen Verstand immer ein Räthsel bleiben; da komme wieder die Annahme einer besondern Offiziersehre ins Spiel (Sehr richtig! links), die nicht anerkannt werden könnte. (Beifall im Centrum)

Abg Päus (Soc.): Die Annahme mildernder Umstände im Falle Brüsewitz kann ich keineswegs als eine Ehre für den Offiziersstand ansehen. Es ist damit ausgesprochen, daß Offiziere besonders leicht zum Zorn gereizt werden, nicht die nöthige Selbstbeherrschung auszuüben vermögen. Daß, wie hier constatirt ist, die Zahl der Mißhandlungen und Selbstmorde im Heere abgenommen hat, können wir als wahr annehmen. Man hätte aber hinzufügen sollen, daß das ein Verdienst der Socialdemokratie ist. Die Kritik der Socialdemokratie hat vornehmlich diese Besserung herbeigeführt. Die über große Empfindlichkeit der Herren Militärs hat sich auch in den vielen Strafanträgen gezeigt, die der Herr Kriegsminister wegen scharfer Zeitungsartikel über den Fall Brüsewitz gegen eine Reihe von Redacteuren gestellt hat. Es wäre besser, er hätte auf die Strafanträge verzichtet. Auch im Falle einer Verurtheilung ist der Erfolg keineswegs so, daß sich die Militärverwaltung darüber freuen dürfte. Im Volke wird eine Verurtheilung aus solchem Anlaß eher als Unrecht denn als Recht empfunden. Ich wende mich nun dem Verhalten der Militärbehörde zur Socialdemokratie zu. Wir Socialdemokraten werden wegen jeder Handlung verurtheilt, die einem Boykott auch nur ähnlich sieht. Wir halten nur den wirthschaftlichen Boykott für berechtigt als Kampfmittel gegen wirthschaftliche Uebermacht. Dagegen ist es uns noch nie eingefallen, die Gesinnung zu boykottiren. (Widerspruch rechts.) Wir freuen uns im Gegentheil, wenn wir mit einer Gesinnung kämpfen können. Dagegen darf die Militärbehörde den militärischen Boykott noch immer straflos ausüben. Redner theilt einen Fall aus Dessau mit, [illegible] junger Lieutenant zu verheiratheten Landwehrleuten in der Instructionsstunde sagte: „Ich hoffe, Ihr seid anständige Kerle und laßt Euch in diesen Schweinebuden nicht blicken." Die „Schweinebuden" waren die von den Militärbehörden boykottirten Locale, unter denen sich auch solche befanden, deren Inhaber gestorben oder verzogen waren. Redner rügt das „Ihr" als ungehörig und bezeichnet es als mitleiderregend, wenn ein Mann, der auf Bildung Anspruch mache, sich in derartigen Ausdrücken ergeht. Schweinebuden könnten mit viel größerem Recht diejenigen Locale in Dessau genannt werden, wo sich Offiziere und Reserveoffiziere mit Bierseideln und gezogenen Säbeln am Abend vor Kaisers Geburtstag die Köpfe einschlagen. (Unruhe rechts.) In Dessau wurden 3500 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Mehrzahl der Landwehrsleute bestand also aus Socialdemokraten, vor denen sich der Lieutenant mit solchen Aeußerungen so ungeschickt blamirte. Daß die Geschichte wahr ist, geht daraus hervor, daß sie das „Dessauer Volksbl." brachte (Lachen rechts), ohne daß eine Anklage erfolgte, die im Falle der Unwahrheit sicher erfolgt wäre. Die Militärbehörde erweiterte darauf den Boykott auch auf die Locale, die nur im „Dessauer Volksblatt" inseriren. Ich bestreite der Militärbehörde entschieden das Recht, in solcher Weise in die wirthschaftlichen Verhältnisse einzugreifen. Wir haben kein Ausnahmegesetz, wir haben zu beanspruchen, daß unsere Zeitungen als gleichberechtigt mit andern Zeitungen gelten. Mit der Aufrechterhaltung der Disciplin kann die Militärbehörde diese Maßnahmen nicht rechtfertigen. Wenn sie dabei die Schranken des Gesetzes nicht beachtet, so ist das Ende nicht abzusehen. Sie dürfte, wenn sie die Armee vor der Socialdemokratie behüten wollte, keinen Soldaten ohne Unteroffizier auf die Straße lassen, sie müßte jedem Soldaten verbieten, seinen Vater oder seine Brüder zu besuchen, wenn diese Socialdemokraten sind; sie müßte dann dafür sorgen, daß die jungen Leute nicht schon Socialdemokraten sind, bevor sie Socialdemokraten werden. Durch solche Bemühungen erreichen Sie gar nichts. Ich bin ja auch Soldat gewesen und weiß, was es für einen Eindruck macht, wenn man in solcher Weise gegen die Socialdemokratie vorgeht. Das bringt höchstens die Socialdemokratie bei den Soldaten in Respect, denn diese bekommen die Empfindung, die Militärbehörde müsse doch die Socialdemokraten außerordentlich fürchten und damit wird der Socialdemokratie eine Bedeutung beigelegt, über die wir uns nur außerordentlich freuen können. Die Militärbehörde thäte viel besser, wenn sie der Socialdemokratie gegenüber objectiv bliebe. Es ist ja doch nicht möglich, die Socialdemokratie aus dem Heere herauszubringen. Möchten sich die Herren lieber bemühen, das Wesen der Socialdemokratie zu begreifen. Aber da fehlt es an Allem; die einzige Sache, die uns entgegengehalten wird, ist immer das Gerede von Umsturz und Zerstörung. Was der Kriegsminister gestern über den Londoner Congreß sagte, verrieth nichts als Unkenntniß. Aber so geschieht es allemal selben. Jüngst hat ein Oberst in Rathenow eine Rede gegen den innern Feind gehalten. Das agitirt nur für uns. Der Erlaß des Kriegsministers vom vorigen Jahr schafft für die Mitglieder des Heeres eine große Gefahr. Denken Sie daran, daß ein Mann, der zu Hause als Socialdemokrat erzogen ist, in die Kasernen kommt. Dort wird in den dienstfreien Stunden allerhand gesprochen. Wie leicht kann da eine unüberlegte Aeußerung fallen. Das Denunciantengesindel wird geradezu groß gezüchtet. Wie leicht kann auch ein Unteroffizier seinen persönlichen Haß befriedigen. Es sollte grundsätzlich darauf verzichtet werden, die socialdemokratische Ueberzeugung im Heere zu bekämpfen. Gerade die Unaufgeklärten, die Unvorsichtigen werden in erster Reihe getroffen. So hat ein Reservist für die Aeußerung „Ich bin Anarchist" 9 Monate Gefängniß erhalten. Er that sie, als ein anderer sich als Socialdemokrat bekannte. „Wenn der Socialdemokrat ist, bin ich Anarchist." Seine Briefe aus dem Gefängniß beweisen, daß er keine Ahnung vom Anarchismus hat. Als er verhaftet wurde, wurde er wie ein Räuber und Mörder in Ketten gelegt. Solche Behandlungsweise macht ihn erst zum Mittelpunkt des Interesses einer Reihe von Menschen, die sich darüber empören. Das Reichsgericht hat kürzlich entschieden, daß Jeder, der zu einer Controlversammlung geladen ist, sich bis Mitternacht dieses Tages im militärischen Dienst befindet. Wie weit soll das gehen? Darf ich, wenn ich zu einer Controlversammlung muß, an diesem Tage eine socialdemokratische Rede halten, darf ich als Setzer eine socialdemokratische Zeitung setzen oder als Austräger sie austragen? Alles dies wäre strafbar. Aber die Auslegung des Reichsgerichts steht im Widerspruch zu dem § 7 des Militärstrafgesetzbuches. Und nicht nur die politische, sondern auch die religiöse Meinung der Socialdemokraten wird im Heere beeinflußt. Als in Brandenburg die Frau eines Socialdemokraten gestorben war, wurde dem dienenden Sohn die Erlaubniß, dem Begräbniß der Mutter beizuwohnen, erst ertheilt, dann aber zurückgezogen, weil bekannt geworden war, daß an dem Begräbniß kein Geistlicher theilnehme und die Beerdigung deshalb als eine socialdemokratische Demonstration angesehen wurde (Hört! hört!). Das ist doch geradezu empörend. Der betreffende Soldat wagte nicht einmal, sich zu beschweren, um nicht Schaden davon zu haben. Die Militärbehörde hat kein Recht, die Religionsfreiheit zu beschränken: Religion ist Privatsache auch nach dem Staatsgesetz; religiöse Gesinnung zu bethätigen sollte dem einzelnen Soldaten überlassen bleiben; die religiöse Erziehung der Gesammtheit ist absolut erfolglos. Die zur Kirche commandirten Soldaten schlafen dort oder spielen gar Karten. Es ist nicht wahr, daß die nicht religiös gesinnten Soldaten mehr gegen die Disciplin verstoßen als die Andern. Uns wird ja allerdings vorgeworfen, wir untergruben Zucht und Ordnung dadurch, daß wir die Jugend zu früh in die Politik einführten. Aber die Beschäftigung mit der Politik macht aus dummen Jungen ernsthafte Menschen. Gerade da, wo die Socialdemokratie Fuß faßt, verschwinden die Dummenjungenstreiche. Es könnte den Soldaten und ihrer Dienstführung nur zuträglich sein, wenn sie die socialdemokratische Presse häufig lesen würden. — Dringend nothwendig ist die baldige Reform de[illegible]

Militärstrafproceßordnung, besonders auch in Rücksicht auf die Bestimmung, daß die Strafe erst abgebüßt werden muß, ehe eine Beschwerde erfolgen darf. Sie werfen uns den Wahlspruch: Ohne Gott gegen König und Vaterland vor, aber viele Leute sind ohne Gott, die ihn beständig im Munde führen; könnten wir alle Atheisten im Reichstage ermitteln, das übrig bleibende Häuflein wäre sehr gering. Und Völker, die ohne König sind, wie die Franzosen, wissen auch für den eigenen Herd zu kämpfen; das würden auch wir, wenn wir auch von der wirthschaftlichen Entwickelung das allmähliche Verschwinden der Kriege erhoffen. Und wenn wir international sind, so schließt das das Nationale nicht aus: international ist nicht antinational; erst neulich befürwortete Herr Hammacher die internationale wirthschaftliche, als auch politische Einigung der Staaten Europas. Und schließlich werden alle Kanonen Krupps nicht verhindern können, daß unser Volk nach seinem eigenen Willen regiert wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Graf Roon (deutsche.): Wozu die Tribüne des Reichstags benutzt werden kann, das haben wir eben gesehen. (Heiterkeit links.) Ich lasse mich auf diese neue Auflage der schon so oft gehörten unwahren Denunciationen nicht ein. Die militärische Erziehung ist bei dem Vorredner vollkommen mißlungen. (Große Heiterkeit.) Die Socialdemokraten sehen im Kriegsheer ihren Feind und dementsprechend hat sich die Heeresverwaltung zu verhalten. Daß man die Herren hier ihre Mandate ausüben läßt, kommt mir vor, wie wenn man sich Gäste an den Tisch ladet, die bei erster bester Gelegenheit den Tisch mit allem was darauf steht umwerfen. (Große Heiterkeit.) Ich bestreite eine ungerechte Behandlung der Socialdemokraten im Heere, wenn sie sich gut führen, im Gegentheil, jeder Hauptmann freut sich über gute Führung eines Socialdemokraten. Ich stimme nur in einem Punkte mit Herrn von Vollmar überein: in der Revolution stehen wir allerdings mitten drin, so lange die Socialdemokraten hier im Reichstage sitzen.

Kriegsminister von Goßler: Im Urtheil gegen Brüsewitz sind alle die Umstände angenommen in Folge des provocirenden Auftretens des Siepmann. Dem socialdemokratischen Redner erwidere ich, daß es nicht meine Aufgabe ist, Beleidigungen auf der Armee sitzen zu lassen. Ich bestreite der Socialdemokratie das Verdienst, zur Abnahme der Mißhandlungen das meiste beigetragen zu haben; die socialdemokratische Gesinnung ist ein Hinderniß für die militärische Erziehung, und ihre Ausdehnung hat die Verrohung der Jugend sehr gefördert. (Lärm links. Beifall rechts.) Die Statistik beweist das. Früher waren 10 Procent der Soldaten vorbestraft, jetzt sind es 17 Procent. (Hört! hört! rechts.) Von der Dessauer Angelegenheit weiß ich nichts. Warum klagen die betreffenden Gastwirthe nicht wegen des Ausdrucks „Schweinehuden"? Für die Aeußerung eines einzelnen Lieutenants ist doch nicht der ganze Stand verantwortlich zu machen. Die beiden Arbeitssoldaten, die die Frechheit gehabt haben, sich als Socialdemokrat der eine, als Anarchist der andere zu bekennen, sind mit Recht bestraft worden. In Gotha ist die Wahrheitsliebe des „Vorwärts" von den Genossen selber kritisirt worden. Ueber die „Neue Welt" wurde geurtheilt, daß sie einen sexuell gemeinen Inhalt hätte. So urtheilen Ihre eigenen Genossen. (Heiterkeit.) Wer die Person des Königs angreift, die Grundlagen des Staates umkehren will, ist antinational. Unser ganzes Bestehen geht dahin, die Politik von der Armee fernzuhalten. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Hasse (natlib.): Die Socialdemokratieen der anderen Länder sind international aber nicht antinational; das ist nur die deutsche Socialdemokratie. Redner bezeichnet es als eine Unverschämtheit und Lächerlichkeit, daß der englische Unterstaatssecretär des Krieges jüngst von der Sclaverei im deutschen Heere gesprochen habe.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp): Das Urtheil im Falle Brüsewitz ist durchaus gerecht. Redner polemisirt im Weiteren in bekannter Weise gegen die Socialdemokratie. Jetzt bestreiten die Herren wieder, daß sie revolutionär sind. Wir können doch nicht immer das ganze Material, das wir gegen Sie haben, vorbringen. Ich habe schon daran gedacht, Alles auf einen großen Bogen drucken und in Zukunft durch die Diener des Hauses vertheilen zu lassen, um der stets neuen Widerlegung derselben Unwahrheiten überhoben zu sein. Es ist die heiligste Pflicht der Militärverwaltung, das Eindringen socialdemokratischer Gesinnungen in die Armee zu verhindern (Bravo! rechts.)

Abg. v. Vollmar (Soc.): Ich habe nicht die Absicht, dem Vorredner in seinen Excursen über dies und jenes aus der socialdemokratischen Literatur und Bewegung zu folgen. Ich gehe dagegen auf die Aeußerung des Herrn Grafen Roon ein, der entrüstet darüber war, was heute Alles von der Tribüne gesagt werden könnte. Ich bin der gleichen Meinung; auch ich bin entrüstet darüber, was heute alles von der Tribüne gesagt werden kann, ohne Eindruck auf den Reichstag zu machen. Ich finde, das Haus ist weit gekommen in der Gleichgiltigkeit und Wurstigkeit gegen alle unsere berechtigten Beschwerden. Herr Graf Roon hat mir auch selbst die Anerkennung zollen müssen, daß ich mich durchaus sachlich in meinen Aeußerungen gehalten habe, — aber man kann eine Debatte hier so sachlich beginnen, wie nur möglich, — Sie bringen es kunstvoll zu Wege, eine allgemeine Socialistendebatte daraus zu machen und das, worum es sich ursprünglich handelte, bei Seite zu schieben. Ich kann keinen Zweck und Sinn dabei finden, eine solche Debatte fortzuführen. Glauben Sie denn, daß Sie uns außerhalb des Hauses mit solchen Dingen schaden? Die Thatsachen haben Sie doch längst widerlegt, Sie mögen noch so viele und noch so schöne Lesefrüchte hier vorbringen und je mehr Sie über diese Dinge reden, um so nützlicher wird es uns sein. Herr Graf Roon hat sich in einer Weise geäußert, die mir eigentlich noch am allermeisten entsprochen hat. Das Denken des Herrn ist durchaus richtig vom conservativen oder, wie ich sage, vom reactionären Standpunkt. Er ist von keiner Idee des Constitutionalismus oder Parlamentarismus irgend angekränkelt, er steht durchaus auf dem Standpunkt eines folgerichtigen Russen und hat von diesem Standpunkt aus vollkommen Recht, wenn er meint, Leute die derartige Ansichten und Absichten haben, wie wir, müßten auf jede Weise verhindert werden, sie zu äußern, weil diese Ansichten dann ganz von selbst verschwinden würden. Wer noch einen so starken Glauben in unserer Zeit bewahrt hat, ist eigentlich in seiner Art zu beneiden. Weniger verstehe ich den Herrn Kriegsminister. Er hat heute eine Reihe von neuen Ansichten, ich weiß nicht, ob er sie sich mittlerweile durch Lectüre verschafft hat, hier vorgetragen und verschiedene Themen behandelt, er hat uns z. B. den Nachweis vorgebracht, daß die Verrohung der Jugend auf die Socialdemokratie zurückzuführen sei, er hat eine ganze Reihe anderer Dinge vorgeführt, von denen ich mich nur wundere, daß keines in sein Ressort eingeschlagen hat. (Heiterkeit.) Ich finde, daß wir über derartige staatsrechtliche und politische Themen zweckmäßiger mit anderen Ressorts verhandeln, die uns zwar auch nicht hold sein mögen, aber die doch bessere Uebung darin haben. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Einige Bemerkungen des Kriegsministers erledigen sich durch falsche Auffassung unserer Reden von seiner Seite. So hat er meine Bemerkung über den Proceß gegen die Straßburger Proviantbeamten mißverstanden. Ich sagte, daß die öffentliche Verhandlung manches Licht auf Zustände geworfen habe, welches bei dem gewöhnlichen Disciplinar- oder Geheimverfahren nicht darauf gefallen wäre, und wobei die Regierung selbst Dinge nicht erfahren hätte, die sie jetzt im Interesse des Heeres erfahren hat. Meine Mittheilung über die unterlassene Weiterbeförderung eines gerichtlichen Gnadengesuchs hat der Minister für unrichtig gehalten, und wenn die anderen Unrichtigkeitserklärungen, die hier gefallen sind, nicht auf festeren Füßen stehen, so ist es schlimm. Es handelt sich um die bekannte Affäre des Premierlieutenants Köster vom 15. Ulanen-Regiment, und die eigene Darstellung des Offiziers befindet sich bei den Acten des General-Auditoriats. Kann sie nicht widerlegt werden, so wird es wohl bei meiner Darlegung sein Bewenden haben. Der Kriegsminister hat dann ferner meine Beschwerde über die Behandlung der Socialdemokraten im Heere so ausgelegt, als ob wir für unsere Angehörigen im Heere und für unsere Propaganda irgendwelche Vorrechte verlangten. Davon ist aber auch nicht im leisesten die Rede gewesen, kein Wort nach dieser Richtung ist gefallen. Ich habe mich sogar ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, daß, wenn einmal die Anschauung gilt, daß jeder Soldat in seiner ganzen Dienstzeit und mit seiner ganzen Persönlichkeit unter dem Commando der Oberen stehe, — daß dann wenigstens gleiches Recht für alle gelten solle. Der Kriegsminister hat nun beweglich dargelegt, welche Nachtheile es haben könnte, wenn in die Armee die Politik hineingetragen wird. Ja wohl, Herr Kriegsminister, ich stehe auch auf dem Standpunkt, aber wer trägt denn die Politik in die Armee herein, als Diejenigen, welche in ihren Instructionen und in ihren Kasernen aus der Gesammtheit der politischen Meinungen die Socialdemokratie ausnehmen und uns hier politische Vorträge halten, die, wie gesagt, interessant sein mögen, aber doch bei anderen Ressorts besser aufgehoben sind. Mein und meiner Freunde Verlangen geht lediglich dahin, daß auf allen Gebieten formelle Rechtsgleichheit herrsche, wie sie gesetzlich festgestellt ist. So lange die Socialdemokraten sich nicht bestimmter, durch das Gesetz vorgesehener Verfehlungen schuldig machen, so lange sollen sie auch in den Kasernen nicht vom gleichen Recht ausgeschlossen sein; es scheint aber allerdings, als ob der Gedanke der Rechtsgleichheit bei den höheren Commandostellen auf ganz besonders schweres Verständniß stößt. Lassen Sie den Grundsatz der Gleichheit für Alle gelten, und wir werden uns bescheiden. Ich muß aber noch auf einige der politischen Grundsätze und Bestrebungen des Herrn Kriegsministers eingehen. Der Eindruck, den ich schon gestern hatte, hat sich heute noch in mir befestigt, daß der Herr Kriegsminister es sich etwas allzu leicht vorstellt, politisch zu discutiren, und es sich etwas allzu leicht macht, politische Nachweise gegen meine Partei zu liefern. Würde irgend Jemand von uns auf Grund flüchtiger Lectüre eines Kriegs- oder Schlachtberichts es sich anmaßen, über Taktik und Strategie zu urtheilen, so würde man uns lächerlich machen und fände, wir redeten über Dinge, die wir nicht verstehen. Ich sage dergleichen als höflicher Mann von dem Herrn Kriegsminister nicht. Aber soviel muß ich doch sagen, daß diese Art, aus dem Zusammenhang gerissene und in der Eile herbeigeschaffte Lesefrüchte hier vorzubringen, weder uns noch die Gegner fördern kann, zumal wenn man Dinge vorbringt, die mit dem Heerwesen nicht das Mindeste zu thun haben. Was sollen uns denn hier Klagen über den „Vorwärts" und die „Neue Welt" und ihre künstlerische oder unkünstlerische Richtung? Ich bitte Sie, was hat denn das mit der Armee zu thun? Und ob der „Vorwärts" die Wahrheit sagt oder lügt, ob die „Neue Welt" künstlerisch oder unkünstlerisch ist, das alterirt die Socialdemokratie und ihre Grundsätze nicht im Geringsten. Die Literatur über Arbeiterbewegung und Socialdemokratie ist eine außerordentlich große und beansprucht ein Studium nahezu für sich allein: Die Herren der Kriegsverwaltung sind mit ganz anderen Dingen beschäftigt und kein Mensch verlangt von ihnen, daß sie sich diesem Studium in ausreichender Weise hingeben. Und Einzelnes herauszugreifen, nützt Ihnen gar nichts und liefert den Schlüssel zur Kenntniß des Socialismus in keiner Weise. Bringt man Beschwerden über einzelne Vorkommnisse und Personen hier vor, so sind die Herren immer bereit zu sagen: Was beweist das anders, als daß in einer großen Armee sich einzelne Leute finden, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind und der Gesammtheit keine Ehre machen; das berechtige aber keineswegs zu einem absprechenden Urtheil gegen die Gesammtheit. Uns aber wirft man ein einzelnes Hoch vor, das irgend ein einzelner Mann auf irgend einem Congresse ausgebracht hat. Was würden Sie sagen, wenn wir aus der Anweisung, die ein einzelner hochgestellter Offizier, General v. Boguslawski, zu der Revolution von oben gegeben hat, auf die Gesinnung des ganzen Offiziercorps schließen wollten? Bei uns hat in der Literatur und in der Journalistik, in den Volksversammlungen und gar erst auf den Parteitagen (Heiterkeit) Jeder die volle Freiheit, Alles auszupacken und vorzubringen, was er will. Kein Band und kein Zwang außer dem der äußeren Gesetze, hindert ihn zu sagen, was er auf dem Herzen hat. Daß da neben gescheuten auch tolle Dinge zum Vorschein kommen, das ist begreiflich und menschlich. Aber glauben Sie, daß in den Centrumsversammlungen nur gescheute Dinge zu Tage kommen? (Heiterkeit.) Das ist bei keiner Partei anders. Was die Partei als Partei thut, steht auf einem andern Blatt. — Ich habe mir gestern erlaubt, meine und meiner Partei Auffassung über das Vaterlandsgefühl darzulegen, und der Herr Kriegsminister hat hierauf gemeint, die Socialdemokratie habe ihr freundliches Gesicht gezeigt. Unmittelbar darauf aber hat er erklärt, er müsse doch bei seiner Auffassung bleiben, daß die Socialdemokratie vaterlandslos sei. Ich weiß nicht, ob der Herr Kriegsminister bemerkt hat, daß er mich damit der Unwahrheit geziehen hat. Ich würde mir persönlich niemals erlauben, einen Gegner so zu behandeln. Sachlich meine ich, daß ich, wie hoch der Kriegsminister auch seine Kenntniß der socialistischen Dinge einschätzen mag, doch der bessere Interpret der Ansichten meiner Partei bin. Es ist mein Recht zu fordern, daß man meine Worte nicht beweislos in Zweifel zieht. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Generalauditeur Ittenbach hebt hervor, daß in dem vom Vorredner erwähnten Falle des Lieutenants v. Köster das Kriegsgericht und das Generalauditorität eine Strafmilderung beantragt hätten, die der Kaiser dann ausgesprochen habe. Herrn v. Köster war nachher der Ansicht, daß die Strafmilderung noch hätte erheblich größer sein müssen. Man sollte doch vorsichtiger sein und nicht die Behauptung aufstellen, ein Divisionscommandeur hätte ein Begnadigungsgesuch dem Kaiser vorzuenthalten gesucht; ein solcher Divisionscommandeur würde nicht lange in der Armee bleiben. Im Falle Noack ist die kriegsgerichtliche Untersuchung sofort eingeleitet worden, nachdem sich bei dem gerichtlichen Verfahren gegen Noack herausgestellt hatte, daß Mißhandlungen vorgekommen seien. Der betr. Unteroffizier wurde zur Degradation und 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Was den Fall Strehlau betrifft, so zieht sich dieser von 1886 bis Ende 96 hin, und hat erst jetzt seinen Abschluß gefunden. So einfach hat die Sache also nicht gelegen, wie Herr Bebel glaubt. Im Laufe der Untersuchung hat sich die Militärbehörde die Acten ausgebeten. 1890 hat sie die Acten erst erhalten und daraus ersehen, daß sich ein Unteroffizier und zwei Gefreite der Mißhandlung schuldig gemacht hatten. Der Unteroffizier ist zu 3 Wochen, die Gefreiten zu 10 Tagen Mittelarrest verurtheilt. Auch in diesem Falle ist nichts unterlassen worden, die Schuldigen sofort zur Verantwortung zu ziehen.

Abg. Förster (Antis.) äußert noch einmal Bedenken gegen die Art der Fleischverdingung in der Berliner Garnison, ebenso wegen der Deckung des Bedarfs in den Conservenfabriken.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Bebel (Soc.): Durch die Vertagung der Debatte bleibt mir ja die Möglichkeit, am Montag auf alle Angriffe noch ausführlich zu antworten. Heute will ich nur dem Generalauditeur Ittenbach erwidern, der mir, was jetzt Mode zu werden scheint, wieder Unrichtigkeiten vorgeworfen hat. Der Fall Noack verhält sich genau so wie ich ihn vorgetragen habe. Daß Tobollek nachträglich auf Grund der Dinge, die vor dem Civilgericht festgestellt wurden, verurtheilt worden ist, ist nicht mehr wie recht und billig. Ich konnte es nicht erwähnen, weil es mir unbekannt war und ich erst in diesem Augenblicke davon erfahren habe. Auch im Falle Strehlau verhält es sich so, wie ich gesagt habe. Strehlau ist — das muß auch der Generalauditeur zugeben — vom bürgerlichen Gericht freigesprochen worden und erst auf Grund dieser Verhandlung hat sich die Militärbehörde veranlaßt gesehen, die Ansprüche Strehlaus anzuerkennen.

Abg. Graf Roon (deutsche.): Herr von Vollmar hat mich einen Russen genannt. Ich bin ein guter Preuße und zwar stehe ich auf dem Boden der Verfassung. Das hindert mich nicht, zu wünschen, daß die Verfassung in einzelnen Punkten abgeändert wird, damit ich die Herren mir nicht mehr gegenüber sitzen sehe. (Heiterkeit.)

Abg. von Vollmar (Soc.): Ich habe den Grafen Roon nicht einen Russen genannt, ich weiß, daß er ein Preuße ist. Ich habe nur gesagt, bei seinen absolutistischen Neigungen und Wünschen qualificire er sich für einen Russen. Der Premierlieutenant Köster hat die Sache in einer nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Schrift so dargestellt, wie ich es gethan habe. Sind Unrichtigkeiten unterlaufen, so fallen sie dem Premierlieutenant Köster, nicht mir zur Last. Die Schrift enthält ausdrücklich den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen den Gerichtsherrn. Die Schrift befindet sich seit langem in Händen der Militärverwaltung. Diese hat aber nicht geklagt. Gegen Premierlieutenants ist man offenbar milder als gegen socialdemokratische Redacteure.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung).

Schluß 5½ Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Die Solinger Streitigkeiten. Eine Kreisparteiversammlung für den Wahlkreis Solingen, die am Sonntage in Ohligs tagte, nahm mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an:

„Die Versammlung ist mit der Haltung der Delegirten einverstanden. Versammlung mißbilligt auf das Entschiedenste die von dem Reichstagsabgeordneten Gerisch-Berlin ausgeführte Ueberrumpelung des Essener Parteitages in Sachen der Solinger Streitigkeiten. Versammlung kann es nicht verstehen, daß der Parteitag nach der vorherigen Haltung des Rh. Agitations-Comitee und auf Verlangen Gerischs so leichter Weise über die Anträge, welche Stellungnahme zur Gründung des Concurrenzblattes des Solinger Parteiorgans erforderten, hinweg gegangen ist, obschon der Parteitag am Morgen des Verhandlungstages anders beschlossen. Da die Versammlung die Ueberzeugung gewonnen, daß sowohl die Parteileitung als auch die einzelnen Parteilage nicht gewillt sind, in entscheidender Weise einen Schritt zur Herstellung besserer Parteiverhältnisse im Solinger Kreise zu thun, so lehnen die heute versammelten Genossen es ab, sich fernerhin noch betr. der Solinger Angelegenheiten an eine höhere Instanz zu wenden, halten aber die bezüglichen auf den Provinzialparteitagen zu Duisburg und Solingen gefaßten Beschlüsse hoch. Die auf der Kreisparteiversammlung versammelten Genossen erklären nach wie vor, mit allen Kräften und Mitteln für die Ziele der internationalen Socialdemokratie eintreten und kämpfen zu wollen."

Unterm neuesten Curs. Im Monat Januar wurden insgesammt erkannt 2516 Mk. Geld- und 26 Jahre 4 Monate 3 Wochen und 1 Tag Gefängnißstrafe.

Kleine Rundschau.

Verhafteter Brauereidirector. Verhaftet wurde in Berlin der Brauereidirector Leopold Oberländer aus Frankfurt a. M., welcher nach Unterschlagung von 60,000 Mark, welche er für die von ihm geleitete Brauerei empfangen und für sich nach und nach verwendet hatte, geflüchtet war. In seinem Besitz wurden nur noch etwa 200 Mark vorgefunden.

Die Untersuchung wider den Bürgermeister Plaschke von Straußberg, welcher seit Anfang November in Haft sitzt, ist abgeschlossen und die Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechens erhoben worden.

Der Actuarius Reinhold Gieski zu Flensburg, 26 Jahre alt, hat Werthpapiere im Betrage von 26,000 Mark, welche zur Vormundschaftsmasse gehören, veruntreut und ist flüchtig geworden.

Herzberg a. Elbe, 13. Februar. Der Fährmann Fischer und sein Sohn aus Bleddin brachen auf dem Eise der Elbe ein und ertranken.

Lawinenstürze richten in der Ostschweiz großen Schaden an. Mehrere Gebirgsdörfer Graubündens sind Tage lang von allem Verkehr abgeschlossen. Die Post hat oft stundenlange Verspätung. Zwei Männer, welche bei Fluelapaß verschüttet sind, wurden noch nicht aufgefunden. Seit einigen Tagen herrscht Thauwetter, wodurch sich die Gefahr noch vergrößert.

Eine Bande, die einen weitverzweigten Handel mit jungen Mädchen, namentlich aus Deutschland, getrieben hat, wurde in Venlo verhaftet, darunter auch ein Polizeiagent.

Einen sensationellen Mord meldet die „Independance". Auf der Fahrt von Paris nach Brüssel ist ein Reisender im Schnellzug ermordet und beraubt worden. Die Leiche wurde auf der Station Braine zum Fenster hinausgeworfen. Von den Thätern ist bisher keine Spur entdeckt worden.

Rom, 13. Februar. Ein neunjähriger Knabe Namens Priorks aus Calbia bei San Remo ermordete zwei Schulkameraden im Alter von fünf und sieben Jahren, um ihnen einen Betrag von etwa 60 Pfg. zu rauben. Der jugendliche Mörder tödtete seine Opfer mit einer unerhörten Grausamkeit.

Lissabon, 13. Februar. Der portugiesische Postdampfer „Portugal" ist an den Kapverdischen Inseln gestrandet, Ladung und Schiff sind verloren, die Mannschaft und Passagiere sind gerettet.

London, 13. Februar. Beim Probiren von Zündern für Torpedos fand am vergangenen Donnerstag auf der Kapstation an Bord des britischen Kreuzers „Gibraltar" eine Explosion statt, wobei vier Mann getödtet wurden.

Die Ueberschwemmung im Themsethal dauert an. In einigen Dörfern ist es bis jetzt unmöglich gewesen, zu den eingesperrten Bewohnern anders als in Booten und Kähnen zu gelangen, auf denen man ihnen Lebensmittel zuführte. Im Dorf Horton sind die Leute seit einer Woche ohne Lebensmittel und Briefe gewesen. Die Saaten haben ungeheuren Schaden erlitten, die Briefe in einigen Postschaltern sind zu Brei erweicht, mit unleserlichen Adressen. Bei Langley fiel in Folge Erdrutsches ein mit Ziegelsteinen beladener Zug über die Böschung; der Locomotivführer und der Feuermann sprangen rechtzeitig ab. Auch im Bezirk Newark sind die Fluthen gewaltig. Vielen Dorfbewohnern mußte man die Lebensmittel vermittels Stangen in's obere Stockwerk reichen. Der Fluß Trent ist noch immer im Steigen begriffen. Auch der Don und Dearne steigen noch, alles Saatland bei Mexborough ist unter Wasser.

Locale Rundschau.

Breslau, den 14 Februar 1897.

* **Die Volksversammlung,** welche gestern Vormittag im „Volksgarten" stattfinden sollte, um dem Vertreter von Breslau-West im Reichstage, unserem Parteigenossen Dr. Bruno Schoenlank, nach Jahresfrist wieder einmal Gelegenheit zu geben, zu den Wählern zu sprechen, hatte schon lange vor Beginn zahlreiche Theilnehmer angezogen. Als die ersten Versammlungsbesucher jedoch das Local betreten wollten, wurde ihnen vom Wirthe des „Volksgarten" eröffnet, daß er sein Local zu der Versammlung nicht hergeben könne. Man machte dem Manne dann die eindringlichsten Vorstellungen, man verwies ihn darauf, daß er wiederholt und vor einer ganzen Reihe von Zeugen dem Veranstalter der Versammlung sein Local ganz ausdrücklich zu einer socialdemokratischen Volksversammlung überlassen habe, daß er sich vor Zeugen mit Handschlag und Ehrenwort verpflichtete, sein Versprechen nicht rückgängig zu machen und dies Versprechen sogar mit der Aeußerung bekräftigte: „Ein Lump ist, wer sein Wort nicht hält!" Aber alle diese Vorstellungen und Hinweise halfen nicht — der Herr Wirth erklärte, daß es ihm allerdings ganz besonders unangenehm sei, sein Wort nicht halten zu können, aber es gehe nicht, er sei am Tage vorher zur Polizei gerufen worden und sei in Folge der dort gepflogenen Ver-

handlungen jetzt veranlaßt, sein Local zu der Versammlung nicht mehr herzugeben! Bei dieser Weigerung blieb es, ja der Herr Wirth forderte die im Garten vor dem Local Harrenden sogar auf, seinen Garten zu verlassen, da eine Versammlung nicht stattfände und so mußten die vielen Hunderte unverrichteter Sache wieder umkehren.

Die nächste Wirkung des unerhörten Benehmens, das der Herr Pächter des „Volksgarten" gegen Breslauer Arbeiter sich herausnahm, war, wie uns mitgetheilt wird, natürlich die, daß einige Arbeitervereine resp. Gewerkschaften die schon angemeldeten Festlichkeiten im „Volksgarten" sofort abbestellten. Das ist gewiß gerechtfertigt, denn wenn die Herren Wirthe den Arbeitern ihre Locale zu Versammlungen nicht zur Verfügung stellen wollen, dann können die Arbeiter diese Locale auch nicht zur Abhaltung von Festlichkeiten gebrauchen.

Besonders bemerkenswerth bei dieser Affaire ist wohl die Rolle, welche nach den Erklärungen des Volksgartenwirthes die hiesige Polizeibehörde gespielt haben soll. Nicht zum ersten Male wird die Einwirkung der Polizei auf Localinhaber zum Zwecke der Vereitelung socialdemokratischer Versammlungen offenbar, im Gegentheil, es ist in socialdemokratischen Kreisen ganz allgemein bekannt und des Oefteren schon öffentlich gesagt worden, daß einzelne Organe der Polizei eine solche Einwirkung auf Wirthe versuchten und zwar fast immer mit Erfolg. Wir sind bei der Art und Weise, wie die socialdemokratische Partei hier überhaupt behandelt wird, über ein derartiges Benehmen von Beamten nicht mehr verwundert, wollen aber doch nicht unterlassen, hier wiederholt darauf hinzuweisen, daß ein solches Vorgehen die Befugnisse der Beamten ganz erheblich überschreitet und mit den bestehenden Gesetzen durchaus nicht in Einklang zu bringen ist.

Daß im Uebrigen solche Maßnahmen ihren Zweck, der Socialdemokratie Abbruch zu thun, durchaus nicht erfüllen, brauchen wir nach den Erfahrungen all der vergangenen Jahre nicht weiter nachzuweisen.

Die Socialdemokratie schreitet doch vorwärts!

* **Ein geselliges Beisammensein socialdemokratischer Familien**, welches am gestrigen Sonntag in Dorn's Hotel stattfand, fand dadurch ein unliebsames und unerwartetes Ende, daß der plötzlich erschienene Herr Reviercommissar Kapusta „die Gesellschaft auflöste und Alle aufforderte, den Saal sofort zu räumen", wie der mit starker Stimme verkündete Befehl lautete. Einen ausführlichen Bericht über die unseres Erachtens ganz ungerechtfertigte Maßnahme der Polizei bringen wir in nächster Nummer.

* **Frauenbildungs-Verein**, Katharinenstraße 18. Seit Eröffnung der Abend-Kochschule für lohnarbeitende Mädchen und Frauen im März 1895 wurde diese Abtheilung von 125 Schülerinnen besucht. Die meisten derselben verwerthen die hier gesammelten Kenntnisse im eigenen Haushalte, denn Bräute sind vorwiegend unter denselben vertreten. Andere haben Stellungen angenommen und ist es ihnen, Dank der ihnen im Verein zu Theil gewordenen gründlichen, praktischen, wie theoretischen Ausbildung leichter, die ihnen übertragenen Pflichten auszuführen. Daß die Einrichtung einer Abend-Kochschule dringendes Bedürfniß war, beweist wohl am ehesten die Thatsache, daß die Schülerinnenzahl stetig wächst. Der Eintritt ist täglich gestattet und sind für den 20 Kochabende umfassenden Cursus nur 3 Mark zu zahlen, ein Preis, der es auch ärmeren Mädchen ermöglicht, ihre wirthschaftlichen Kenntnisse zu erweitern. Auch die Abendcurse für Plätten, Maschinennähen und Wäschezuschnitt erfreuen sich eines regen Besuches. Der Unterricht beginnt um 6 Uhr und dauert bis 9 Uhr. Für die Theilnahme an beiden Lehrfächern ist monatlich nur 1 Mark zu zahlen. Weitere Auskunft wird im Meldezimmer Katharinenstraße 18 ertheilt.

* **Selbstmord.** Am 12. d. M., Abends nach [illegible] Uhr, sprang eine Wittwe aus dem Fenster ihrer im dritten Stock auf der Hödelmstraße Nr. [illegible] gelegenen Wohnung auf die Straße hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf der Stelle todt war. Die Frau war schon längere Zeit geistig krank.

* **Selbstmord-Versuch.** Heute früh gegen [illegible] Uhr schoß sich am Gondelhafen an der „Holteihöhe" ein junger Mann. Mannschaften der Feuerwehr legten dem noch Lebenden Nothverbände an, worauf der Lebensmüde mittelst telephonisch herbeigerufenen Krankenwagens in das Allerheiligen-Hospital geschafft wurde.

* **Alarmirung der Feuerwehr.** Am 12. d. M., Nachmittags $4\frac{1}{4}$ Uhr, wurde die Feuerwehr nach Gellhornstraße 25 gerufen. Dort hatten in einer im dritten Stock gelegenen Wohnung Kinder, die mit Streichhölzern gespielt hatten, einen Kinderwagen und eine Menge Tuchreste in Brand gesetzt. Das Feuer war bereits vor Ankunft der Feuerwehr durch die Bewohner gelöscht worden.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängniß wurden am 12. d. Mts. 37 Personen eingeliefert. — Gefunden wurde: Ein lederner Koffer. — Abhanden kamen: Ein blauseidenes Täschchen; ein goldenes Pincenez; eine silberne Remontoiruhr; eine Busennadel mit Brillanten; eine Schildpatt-Haarnadel; fünf Portemonnaies mit 2,25 Mark, 5 Mark, 15 Mark, 20 Mark und 52 Mark Inhalt.

Angebliche Beamtenbeleidigung. Ueber den bereits am Sonnabend kurz erwähnten Proceß wider den Genossen Paul Kühn wegen öffentlicher Beleidigung der Schutzmannschaft und der Gendarmerie theilen wir noch Folgendes mit:

Kühn war am 14. September vor. Jahres von der Strafkammer der Beleidigung des genannten Beamtenstandes zwar für schuldig befunden worden; das Urtheil lautete aber auf Freisprechung, weil der Gerichtshof der Ueberzeugung war, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt werden müsse.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Erkenntniß Revision ein mit der Begründung, ein Socialdemokrat könne in der Ausübung seiner Agitation den Anspruch auf den § 193 Str.-G.-B. überhaupt nicht erheben, denn die socialdemokratische Partei sei eine solche, die keinen Rechtsschutz verdiene. Demgegenüber führte das Reichsgericht als Revisionsinstanz aus: „Zwar ist der Revisionsbegründung der Staatsanwaltschaft darin nicht zu folgen, wenn sie sagt, daß die Interessen der socialdemokratischen Partei ohne Unterschied niemals als berechtigte im Sinne des § 193 Str.-Gesetz-Buchs anerkannt werden dürften. Aber die Vorinstanz habe nicht nachgewiesen, daß die von dem Angeklagten verfolgten Bestrebungen ein ihn persönlich berührendes concretes Interesse darstellen. Der Kreis der berechtigten Interessen, in deren Wahrnehmung ein Anderer ungestraft beleidigt werden kann, muß enger gezogen werden, als diejenigen allgemeinen Interessen, welche alle Staatsbürger als solche, besonders die Anhänger einer politischen Partei, verfolgen."

Kühn bestreitet zunächst, die ihm in den Mund gelegte Aeußerung gethan zu haben und führte an, er habe seiner Zeit als Annoncen-Acquisiteur und Berichterstatter im Dienste der „Volkswacht" gestanden und in dieser Eigenschaft habe er ein persönliches Interesse an der Weiterverbreitung des Organes gehabt. Denn je größer die Auflage sei, desto erheblicher werde selbstverständlich auch die Zahl der Inseraten. Sein persönliches Interesse sei daher mit demjenigen der socialdemokratischen Partei aufs Engste verknüpft gewesen. Um nun die Zahl der Abonnenten zu erhöhen, habe er in jener Volksversammlung gesagt, man brauche nicht davor zurückzuschrecken, auch den Beamten die „Volkswacht" zu empfehlen, denn die Polizisten und Gendarmen, welche zur Ueberwachung in die Versammlungen kämen, hätten ein naheliegendes Interesse daran, die „Volkswacht" dem Inhalte nach zu kennen, und außerdem gebe es Polizisten, welche den socialdemokratischen Ideen nicht abhold wären. Beleidigen habe er Niemanden wollen.

Durch die darauf folgende Beweisaufnahme konnte nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte Aeußerung wirklich gethan hat. Trotzdem hielt der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Zeel, die Anklage aufrecht und beantragte gegen Kühn 1 Monat Gefängniß. Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Hein, bestritt zunächst, daß eine Beleidigung vorliege. Ein Beamter verletze seinen Amtseid nicht, wenn er einer Partei angehöre, sondern erst dann, wenn er [illegible] Agitation betreibe. Aber sollte auch eine Beleidigung als vorliegend erachtet werden, dann müsse dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt werden und es müsse alsdann geltend gemacht werden, daß dem Angeklagten das Bewußtsein, mit der incriminirten Aeußerung die Beamten zu beleidigen, offenbar gefehlt habe. Da nämlich Kühn seine Partei, die Socialdemokratie, begreiflicher Weise für die beste aller Parteien halte, so könne er doch nicht das Bewußtsein haben, Jemanden dadurch zu beleidigen, daß er ihn zu dieser Partei rechnet. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf Freisprechung des Angeklagten. In der Urtheilsbegründung heißt es, nach der „Breslauer Zeitung", der Wortlaut der incriminirten Aeußerung habe sich durch die heutige Beweisaufnahme nicht sicher feststellen lassen. Wenn nun angenommen werde, der Angeklagte habe gesagt, es gäbe Polizisten und Gendarmen, welche den socialdemokratischen Ideen nicht abhold wäre, so sei darin eine Beleidigung nicht zu erblicken, weil diese Ideen auch friedlicher Natur sein können. Damit erübrigte sich auch die Prüfung der Frage, ob dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt werden müsse.

Provinzielle Rundschau.

Glatz. Herr von Reze ist von einem Unfall, bei dem er bekanntlich eine Beinverletzung erlitten hatte, [illegible] soweit hergestellt, daß er mit Hilfe eines Stockes im Zimmer umhergehen kann. Der „Häftling", der in Glatz noch immer die erste Etage des Hotel de Rome bewohnt, steht, wie verlautet, wegen Ankaufs des eine halbe Stunde von Glatz sehr hübsch gelegenen Gutes Marly in Unterhandlung. — Es scheint also dem „Gefangenen" in Glatz so gut zu gefallen, daß er sich dort ansässig machen will.

Gleiwitz. Ueber den bereits gemeldeten Tod des Gastwirths Friedrich in Petersdorf cursiren die verschiedensten Gerüchte. Nach näher eingezogenen Erkundigungen liegt kein Selbstmord, sondern ein unglücklicher Zufall vor. Nach den gerichtlichen Angaben eines verhafteten Arbeiters hat sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt: Der Gastwirth Friedrich war aus irgend einer Veranlassung in Aufregung gerathen und tobte wie ein Wüthender herum. Er ergriff Gläser ꝛc. und wollte damit auf einen mit ihm in Streit gerathenen Arbeiter einschlagen. Letzterer wehrte Friedrich ab, dieser holte nun sein doppelt geladenes Gewehr herbei und wollte auf den Arbeiter anlegen. Letzterer entwand das Gewehr den Händen des Wüthenden und lief damit davon. Friedrich setzte ihm nach, es entspann sich ein gewaltiger Kampf, wobei Friedrich das Gewehr packte und mit dem Kolben auf den Arbeiter einschlug. Hierbei ging das Gewehr los und zerbrach gleichzeitig. Eine Kugel drang dem Gastwirth in den Unterleib und hatte den Tod des Mannes zur Folge.

Leobschütz. Im Streit erstochen. Im Verlauf eines Streites ist der 18jährige Schlosser Friedrich Martin von dem 22jährigen Maurer Wilhelm Bartelmus in Rösnitz erstochen worden. Der Hergang der That ist folgender: Nachts zwischen 12 und 1 Uhr gingen die Beiden mit noch zwei gleichaltrigen Burschen zu einem Mädchen ans Kammerfenster; dort geriethen die ersteren wahrscheinlich aus Eifersucht in Streit, welchen die anderen Beiden zu schlichten versuchten, was ihnen aber nicht gelang. Aus dem Wortwechsel wurde eine Schlägerei, wobei Bartelmus mit einem Messer zuschlug. Plötzlich ließ er von Martin ab. Martin rief: „Ich bin gestochen", wankte noch 10 Schritte vorwärts und sank als Leiche um. Ein Stich in die linke Halsseite hatte die Schlagader getroffen. Noch in der Nacht wurde der Thäter aus dem Bett geholt und verhaftet. Der Getödtete ist der Sohn der Gärtnerwittwe Magdalena Martin, die erst im August d. J. den ältesten Sohn, der von einem Eisenbahnzuge überfahren wurde, verloren hat.

Pleß. Bei Ausfahrt des Güterzuges 1913 von Neuberun in der Richtung Oswiencim entgleisten am 12. d. Mts. auf bisher nicht aufgeklärte Weise die beiden Schlußwagen. Dieselben wurden, da der Zug nicht sofort zum Stehen gebracht werden konnte, über die unmittelbar hinter Neuberun liegende Weichselbrücke geschleift. Der Schlußbremser rettete durch rechtzeitiges Herabspringen sein Leben.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Februar. Nachdem der Kaiser heute Nachmittag beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe vorgefahren war und hier einen längeren Vortrag entgegengenommen hatte, besuchte er die Botschafter Rußlands, Oesterreich-Ungarns und Englands. Die Botschafter dieser drei Staaten erschienen später auf dem Auswärtigen Amte. — Es handelt sich zweifellos um die jetzt sehr ernst ausschauende Wendung in der Kretaangelegenheit.

Hamburg, 14. Februar. Wie der „Hamburgische Correspondent" aus Harburg meldet, ist der englische Arbeiterführer Tom Mann dort eingetroffen. Derselbe hatte eine längere Besprechung mit einem hervorragenden Leiter der sog. Hamburger Arbeiterbewegung, welche sich angeblich auf den demnächst stattfindenden internationalen Hafenarbeiter-Congreß bezog.

Wien, 14. Februar. Das „Fremdenblatt" meldet aus Pola: Der Rammkreuzer „Elisabeth" und der Torpedoaviso „Satellit", sowie drei Torpedoboote haben telegraphisch Befehl erhalten, in Ausrüstung und Bereitschaft zu treten.

Athen, 14. Februar. Der Minister des Auswärtigen Skuses erklärte in seiner Antwort auf die Vorstellungen der Gesandten der Mächte, daß die griechische Regierung in voller Erkenntniß der Lage nicht gezögert habe, die volle Verantwortlichkeit für die getroffenen Maßnahmen auf sich zu nehmen.

Paris, 14. Februar. Der Minister des Auswärtigen Hanotaux hatte heute Nachmittag mit den Botschaftern Italiens, Deutschlands, Rußlands und Englands, sowie dem Marineminister eine Besprechung. — Das Kretafeuer scheint unangenehm werden zu wollen.

Rostow a. Don, 15. Februar. Die Dampfmühle in Elizen, eine der größten Dampfmühlen Südrußlands, ist vollständig niedergebrannt. Bei den Rettungsarbeiten büßten [illegible] Menschen ihr Leben ein. Der materielle Schaden wird auf über $\frac{1}{2}$ Million Rubel geschätzt.

Quittung.

Für die Frauenagitation durch Genossin Junggebauer 1,51 Mk. erhalten zu haben bescheinigt

Breslau, den 15. Februar 1897. Alice Geiser.

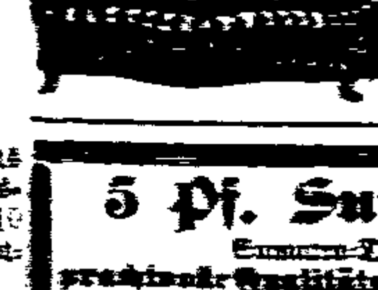
Stadt-Theater.
Montag: „Margarethe."
Dienstag: „Martha"

Lobe-Theater.
Montag: „Die versunkene Glocke."
Dienstag: „Sperrstunde." „Das Wetterhäuschen." „Der Ehemann vor der Thür."

Thalia-Theater
Volksvorstellung.
Montag: Gruppe E. 6. Vorstellung. „Die Marie von Louvois."
Dienstag: Gruppe F. 6. Vorstellung. „Die Weise von Louvois."
Mittwoch: Gruppe G. 6. Vorstellung. „Die Weise von Louvois."
Die Ausgabe der Abonnements für die folgende Serie von Volksvorstellungen findet täglich von 10 bis 2 Uhr im Bureau des Stadttheaters (Rechts [illegible]) statt.

Victoria-Theater.
Direction Müller.
[illegible] neues Programm. [illegible] Entrée 1 Mark, reservirt 75 Pf., Entree 50 Pf. im Vorverkauf [illegible] 75 Pf., reservirt 60 Pf. Entree 40 Pf.

Breslaus größtes Betten- u. Bettfedern-Versandhaus
versendet gegen Nachnahme das ganze Gebett Betten Nr. 1, bestehend aus: Deckbett, Unterbett, 2 Kissen mit neuen [illegible] Inletten und neuer Füllung, für nur 10 Mk., Nr. 2, [illegible] 15 Mk., Nr. 3, 20 Mk., Nr. 4 25 Mk., Nr. 5 30 Mk., Nr. 6 Daunen-Deckbett dabei, bis zu den feinsten [illegible].
Bettfedern u. Daunen in größter Auswahl zu äußerst billigen Preisen. Nichtconvenirende Waaren werden bereitwilligst umgetauscht.
Nur bei
Heinrich Danziger,
Kupferschmiedestraße 49, Eingang Albrechtstraße.



Sopha [illegible] von 18 Mk. an, [illegible] Bettstellen mit Matratze und Keilkissen von 27 Mk. an. **Schränke, Tische, Spiegel, Küchenmöbel** billigst nur
Breitestraße 3, I 1441
Schindler, Tapezierer.

5 Pf. Sumatra-Cigarren
Sumatra-Deckblatt mit Sumatra-Umblatt
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 Stck. 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 1466
Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Hirschner
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Kosplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Schweidnitzerstraße 1, [illegible] 85, Friedrich-Wilhelmstraße 4, [illegible]straße 79, [illegible]brücke 47.
[illegible]

Herren- und Knaben-Garderobe
sowie sämmtliche Arbeitersachen empfiehlt am billigsten
E. Liedecke, Stockgasse 30. 1709

Ausstattungs-Möbel in Nußb., Kirschb. u. Erle, sowie Polstermöbel u. Kücheneinrichtungen [illegible] zu billigen Preisen
Joseph Stephan,
13 Stockgasse 13,
nahe der [illegible]. 1786

10 neue und 2 gebrauchte gut erhaltene Nähmaschinen stehen sehr billig zum Verkauf. 1749
S. Freund, Breitestraße 45.

Stenographie-Unterricht. 1870
[illegible] 1,50 Mk. Siehe Vereinskalender.

Sopha, Schrank, Verticow, Bettst., Matr., Tisch, Schub, Küchenschr., Waschtisch, Bild., Spiegel, Uhr, Wäsche, Buch. billig zu verk. **Friedrichstr 88.** [1777

Meine neu übernommenen Localitäten empfehle ich einer geneigten Beachtung.
Josef Spittler,
25, Oelsnerstraße Nr. 25.
Jeden Sonnabend: 1807
Eisbeine.

Sopha, Chaiselongue, Stühle, [illegible], **Schreibtisch,** [illegible], **Bücherspind,** [illegible], spottbillig.
Gold. Radegasse 8, 1. Etg. [1676

Die socialdemokratische Reichstagsfraction.
Ergebniß der Hauptwahlen 1893
Preis 75 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

[illegible]
In freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
Jede Woche ein Heft zum 10 Pf.
[illegible]
1793 von **Victor Hugo**
[illegible]
Man abonnirt bei der
Expedition dieses Blattes.
[illegible]

Die Geschichte der modernen Polizei.
Von **Paul Kampffmeyer.**
Vollständig in 25 Heften à 20 Pf.
Der Verfasser leuchtet mit der Fackel der Wahrheit in die dunklen Tiefen des polizeilichen Treibens und giebt damit zugleich eine [illegible] Ergänzung zur allgemeinen Culturgeschichte. Die „Geschichte der modernen Polizei" ist ohne Zweifel eines der [illegible] Bücher. Sie enthält neben [illegible] Rückblicken in das Mittelalter die Geschichte der politischen Polizei im Zusammenhang mit den freiheitlichen Bestrebungen, der Sittenpolizei und Prostitution, der Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei u. s. w. Zahlreiche Illustrationen, Portraits, Facsimiles u. s. w. erhöhen die Anschaulichkeit der lebendigen Schilderung und den Werth des hochactuellen Buches, das Jedem zum Abonnement empfohlen werden kann.
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht."

Vereins-Kalender.

Breslau.

Montag, den 15. Februar:

Verein Deutscher Schuhmacher. Zahlstelle I. Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung Kl. Groschengasse 15 „Gebel's Restaurant."

Verein Deutscher Schuhmacher. Zahlstelle II. Versammlung bei Wolf, Heinrichstraße 5. Aufnahme neuer Mitglieder.

Deutscher Schneider- u. Schneiderinnen-Verband und verw. Berufsgenossen. Zahlabend im Vereinslocal „Merkur", Sandbrücke 42.

1. Breslauer Arbeiter-Stenographen-Verein „Phonographia". Jeden Dienstag Abends 8½ Uhr im Restaurant Kleine Groschengasse 40: Mitgliederversammlung und Anmeldungen zum Unterricht, sowie Aufnahme neuer Mitglieder.

Krankenunterstützungs-Bund der Schneider. Zahlabend jeden Dienstag 8 Uhr, Kupferschmiedestraße 21, „rother Löwe".